



**Geschäftsführung
Ausschuss für die Gleichstellung von
Frauen und Männern**

Herr Neweling

Telefon: (0221) 26348

Fax: (0221) 26462

E-Mail: frank.neweling@stadt-koeln.de

Datum: 12.05.2022

Niederschrift

über die **9. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 25.04.2022, 17:10 Uhr bis 18:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an und beachten Sie die Hinweise zum Infektionsschutz. Masken/FFP2-Masken,

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Teresa De Bellis-Olinger	CDU
Sarah Niknamtavin	DIE LINKE
Dilan Yazicioglu	GRÜNE
Derya Karadag	GRÜNE
Mario Michalak	GRÜNE
Lukas Lorenz	SPD
Monika Möller	SPD
Hans Schwanitz	GRÜNE, vertritt Floris Rudolph
Werner Marx	CDU
Friederike Steinmetz	Auf Vorschlag von CDU
Katja Hoyer	FDP vertritt Christina Dumstorff
Susanne Groß	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Matthias Büschges	AfD, bis 18 Uhr
Sven Kaske	SPD, vertritt Eva Pohl
Lisa Mandelartz	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Dr. Marita Alami	Auf Vorschlag von GRÜNE
Willi Harz	Auf Vorschlag von GRÜNE
Esther Kings	GRÜNE
Dr. Helen Eckmiller	Auf Vorschlag von SPD
Silvia Thelen	Auf Vorschlag von SPD

Dr. Thomas Günther	Auf Vorschlag von CDU
Funda Rosenland	Auf Vorschlag von Die Linke
Alexandra Herzog	Auf Vorschlag von FDP
Dr. Klara Groß-Elixmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Maria Kunz	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender, bis 18 Uhr

GPR

Janine Pollex

Presse

Zuschauer*innen

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Floris Rudolph	GRÜNE, wurde vertreten von Hans Schwanitz
Christina Dumstorff	Auf Vorschlag von FDP, wurde vertreten von Katja Hoyer

Beratende Mitglieder

Julie Cazier	Auf Vorschlag von GRÜNE
Eva Pohl	Auf Vorschlag von SPD, wurde vertreten von Sven Kaske
Eva-Maria Gärtner-Plückthun	Auf Vorschlag von CDU
Prof. Dr. Anja Karlshaus	Auf Vorschlag von CDU
Katja Krämer	Auf Vorschlag von Volt
Silvia Marchais-Raytchevska	Auf Vorschlag von GUT Köln
Dorsa Billstein	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Hedwig Krüger-Israel	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Ulrich Höddinghaus	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Inge Linne	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Carine Weber	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung der Stadt Köln

GSBV

Daya Holzhauer

Seitens der Verwaltung waren anwesend:

Bettina Mötting, Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern, **Monika Koenen**, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern.

Johannes Trimborn, Amt für Schulentwicklung, **Anke Bosbach-Pfuhl**, Zentrale Dienste, und **Dr. Anna Julia Gläser-Zorn**, Gesundheitsamt.

Ausschussvorsitzende **RM De Bellis-Olinger** eröffnet die 9. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wahlperiode 2020/2025 um 17:10 Uhr.

Sie weist auf die Corona-Schutzhinweise, insbesondere auf das Tragen der Masken am Platz, hin und bittet die Mitglieder des Ausschusses, ihre Beiträge und Fragen digital der Geschäftsführung zur Verfügung zu stellen.

Teresa De Bellis-Olinger nimmt Bezug zur letzten Sitzung des Ausschusses am 14. März 2022. Nach Rücksprache mit dem Sitzungsdienst im Amt der Oberbürgermeisterin hat der Ausschuss aus kommunalrechtlicher Sicht und entsprechend der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Köln richtig gehandelt, in dem er durch mehrheitlich gefassten Beschluss den Antrag der SPD-Fraktion (AN/0388/2022) von der Tagesordnung abgesetzt hat.

Sie schlägt vor, den heute wieder auf der TO stehenden Antrag der SPD-Fraktion zu kostenlosen Toiletten und den sich darauf beziehenden Änderungsantrag des Ratsbündnisses zu behandeln, weil es eine überwiegende, fraktionsübergreifende Einigkeit in der Sache gibt.

Die Ausschuss-Vorsitzenden weist auf die überarbeitete Struktur der TO hin. Der TO-Punkt 6 „Mündliche Anfragen“ wurde unterteilt in 6.1 „Beantwortung alter mündlicher Anfragen“ und 6.2 „Neue mündliche Anfragen“.

Anschließend begrüßt sie die neue sachkundigen Bürgerin, Einwohnerinnen, **Friederike Steinmetz**, auf Vorschlag der CDU-Fraktion, und die neuen sachkundigen Einwohnerinnen **Lisa Mandelartz**, auf Vorschlag der Fraktion „Die Fraktion“, und **Silvia Thelen**, auf Vorschlag der SPD-Fraktion, die weiteren Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter*innen der Verwaltung sowie **Marina Walch** und **Chiara Makowski** von Kölner Initiative gegen Sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum als Vortragende zu dem Thema „EDELGARD“.

Verpflichtung sachkundiger Einwohner*innen

Die anwesenden sachkundigen Einwohner*innen und Bürger*innen, die bisher noch nicht verpflichtet wurden, werden von der Vorsitzenden des Ausschusses gemäß § 58 GO NRW in Verbindung mit § 5 der Hauptsatzung verpflichtet, ihre Aufgabe als sachkundige Einwohner*innen und Bürger*innen nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Verpflichtet werden: Silvia Thelen, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der SPD-Fraktion, und Lisa Mandelartz, sachkundige Einwohnerin auf Vorschlag der Fraktion „Die Fraktion“.

Tischvorlagen und Zusetzungen

Hinweis zu den Tischvorlagen

- aktuelle TO

Weitere Tischvorlagen und Zusetzungen

- AN/0512/2022: Antwort der Verwaltung zu TOP 1.3 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Situation 1. Frauenhaus"
- Antwort der Verwaltung zu TOP 1.5 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Geflüchtete Frauen, Kinder und queere Menschen aus der Ukraine"
- Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt zu TOP 2.1 „Kostenlose Toiletten“
- Beantwortung der mündlichen Anfrage unter TOP 6.1.4 von Susanne Groß betreffend "Bewegungsstation Trude-Herr-Park"

Weitere Zusetzungen (*nicht als Tischvorlage*):

- Die o. g. Anfrage unter TOP 1.5 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Geflüchtete Frauen, Kinder und queere Menschen aus der Ukraine"
- Beantwortung der mündlichen Anfrage unter TOP 6.1.3 von Susanne Groß zu Gender-Mainstreaming-Pilot

Verabschiedung der TO

Vorschlag zu TO-Punkte 4.1 (Mitteilung der Verwaltung) und 6.1.1 (Beantwortung der mündlichen Anfrage von Lukas Lorenz) zusammen bzw. nacheinander behandeln, denn beide TO-Punkte betreffen das Thema „Kostenlose Menstruationsartikel“. Aus der Verwaltung haben sich zu diesem Thema Anke Bosbach-Pfuhl (Zentrale Dienste) und Johannes Trimborn (Amt für Schulentwicklung) angekündigt.

Der Ausschuss beschließt die geänderte TO einstimmig und es ergibt sich die nachfolgende TO.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohner*innen und Bürger*innen

B. Chiara Makowski und Marina Walch, Vertreterinnen der Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt, stellen EDELGARD vor

1 Schriftliche Anfragen und deren Beantwortung

- 1.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "EDELGARD-Anlaufstellen und Präventionsarbeit von sexualisierter Gewalt"
AN/0213/2022

Antwort der Verwaltung
0830/2022

- 1.2 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Kinderfreizeitbonus"
AN/0510/2022

Antwort der Verwaltung
0768/2022

- 1.3 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Situation 1. Frauenhaus"
AN/0512/2022

Antwort der Verwaltung
1305/2022

- 1.4 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Prävention von sexualisierter Gewalt"
AN/0822/2022

- 1.5 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Geflüchtete Frauen, Kinder und queere Menschen aus der Ukraine"
AN/0874/2022

Antwort der Verwaltung
1345/2022

2 Anträge

- 2.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Kostenlose Toiletten in Köln für alle – unabhängig vom Geschlecht"
AN/0803/2022

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/0881/2022

- 2.2 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Istanbulkonvention"
AN/0805/2022

- 2.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Endometriose als Krankheit bekannter machen"
AN/0819/2022

3 Allgemeine Vorlagen

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in städtischen Gebäuden
3520/2021

- 6.1.1 *Beantwortung der mündlichen Anfragen von Lukas Lorenz in der Sitzung am 8.11.2021 zu Vorl.-Nr. 3520/2021*
0275/2022

- 4.2 Anfrage an die Verwaltung zu Straßenbenennungen
0064/2022

5 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

6 Mündliche Anfragen

- 6.1 Beantwortungen zu mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1.2 Beantwortung mündlicher Fragen zu "Platzmangel Frauenhäuser in Köln" von Christina Dumstorff am 31.01.2022
1215/2022

- 6.1.3 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Susanne Groß (Volt) GFM am 14. März 2022 zu 0211/2022 (Gender-Mainstreaming-Pilot)
1236/2022

6.1.4 Mündliche Anfrage von Susanne Groß betreffend "Bewegungsstation Trude-Herr-Park"
1108/2022

6.2 Neue mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohner*innen und Bürger*innen

B. Chiara Makowski und Marina Walch, Vertreterinnen der Kölner Initiative gegen sexualisierte Gewalt, stellen EDELGARD vor

Chiara Makowski und Marina Walch stellen „EDELGARD“ vor. Die verwendete Präsentation ist hier hinterlegt: <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=874488>

1 Schriftliche Anfragen und deren Beantwortung

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "EDELGARD-Anlaufstellen und Präventionsarbeit von sexualisierter Gewalt" AN/0213/2022

**Antwort der Verwaltung
0830/2022**

Monika Möller (SPD) regt an, im Rechtsrheinischen die Akquise von EDELGARD schützt-Orten, die abends und nachts geöffnet haben, zu intensivieren.

Sie teilt mit, dass in der Sozialraumkoordination Porz EDELGARD gut bekannt sei und das Thema diskutiert wird und begrüßt den Ansatz, EDELGARD über und in den weiteren Sozialräumen bekannter zu machen.

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Kinderfreizeitbonus" AN/0510/2022

**Antwort der Verwaltung
0768/2022**

Der Ausschuss stellt die Vorlagen zurück.

1.3 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Situation 1. Frauenhaus" AN/0512/2022

**Antwort der Verwaltung
1305/2022**

Der Ausschuss stellt die Vorlagen zurück.

**1.4 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend
"Prävention von sexualisierter Gewalt"
AN/0822/2022**

**1.5 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend
"Geflüchtete Frauen, Kinder und queere Menschen aus der Ukraine"
AN/0874/2022**

Der Ausschuss stellt die Anfrage zurück.

**Antwort der Verwaltung
1345/2022**

Der Ausschuss stellt die Vorlagen zurück.

2 Anträge

**2.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Kostenlose Toiletten in Köln für alle
– unabhängig vom Geschlecht"
AN/0803/2022**

Monika Möller (SPD) weist darauf hin, dass Frauen anders als Männer für die Benutzung von Toiletten bezahlen müssen. Eine weitere Benachteiligung erfolgt dadurch, dass es für Frauen weitaus weniger Toiletten als für Männer gibt.

Kostenlose Toiletten für alle sind nicht nur sinnvoll, sondern notwendig.

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern beschließt:

1. Die Verwaltung wirkt zeitnah darauf hin, dass alle Gebühren für die Nutzung öffentlicher Toilettenanlagen in Köln entfallen. Neben den kostenlosen Urinalen stehen damit zukünftig auch die öffentlichen Sitz-Toiletten kostenlos zur Verfügung. Bereits installierte Toiletten sollen umgerüstet werden, geplante bzw. neue City-WC Anlagen (CWC) und sogenannte „Stein-auf-Stein“-Anlagen (SAS) sollen von vornherein ein kostenloses Angebot bieten.
2. Die Verwaltung wird gebeten, alle Möglichkeiten der Refinanzierung des Einnahmeausfalls in Höhe von ca. 200.000 Euro zu prüfen und umzusetzen.

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt
AN/0881/2022**

Monika Möller (SPD) begründet den Antrag und stellt fest, dass es einen Konsens über Notwendigkeit kostenloser Toiletten gibt und sie weist darauf hin, dass Frauen doppelt benachteiligt sind, weil sie für die Toilettenbenutzung zahlen müssen und weil es für Frauen weniger Toiletten gibt als für Männer.

SPD-Fraktion kann nicht nachvollziehen, dass eine solche Ungleichbehandlung in Kauf genommen wird, weil es ordnungspolitisch sinnvoll erscheint, Wildpinkel-Probleme in Griff zu bekommen und fügt an, dass dies auch nicht funktioniert.

Die Formulierung der Bitte, Möglichkeiten der Refinanzierung des Einnahme-Ausfalls zu prüfen, sei bewusst so gewählt, weil finanzielle Mittel nicht gesetzt werden können oder von der SPD-Fraktion gefunden werden müssen, um einen Ausgleich zu schaffen. Deswegen ist es als Bitte zur Prüfung vorgesehen.

Monika Möller verweist darauf, dass inzwischen mehrere Städte in der Republik kostenlose Toiletten für alle anbieten, um dem Gleichheitsgrundsatz zu entsprechen. Durchaus könne es sein, dass ein Klagegrund besteht, wenn eine solche Ungleichheit über einen längeren Zeitraum besteht.

RM Dera Karadag (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Änderungsantrag. Sie findet es nach der vorbereitenden Anfrage im Herbst 2021 jetzt folgerichtig, dass die Verwaltung prüfen und Wege aufzeigen soll, wie in Köln – nicht nur als Gleichstellungsausschuss, sondern auch als Liegenschaftsausschuss, mit dem Thema umgegangen werden soll, um eine gleichberechtigte Toilettennutzung herzustellen. Sie bestätigt den von Monika Möller festgestellten Konsens in der Sache.

Zudem möchte das Ratsbündnis, dass Best Practice-Beispiele aus anderen Städten einbezogen werden und bittet den Ausschuss deswegen darum, dem Prüfauftrag zu folgen.

RM Werner Marx (CDU-Fraktion) stellt ebenfalls fest, inhaltlich nicht auseinander zu sein. Jedoch gäbe es in formeller Vorgehensweise einen Dissens, denn die SPD-Fraktion sei der Auffassung, es bräuchte keinen Deckungsvorschlag. Es sei aber so, dass städtische Mittel zur Verfügung gestellt werden und eine kostenlose Toilettennutzung bezahlt werden müssten. Er appelliert an die SPD-Fraktion, dass sie dem Änderungsantrag zustimmt, damit dieser so zur Umsetzung in die Verwaltung gegeben werden kann.

RM Katja Hoyer (FDP-Fraktion) dankt der SPD für den ersten Antrag zu dem Thema und betont den Konsens, dass es in Köln eine geschlechterunabhängige, kostenlose Toilettennutzung geben soll. Weil es sinnvoll sei, zu gucken, wie diese Kosten refinanziert werden können, wird die FDP- dem Änderungsantrag des Bündnisses zustimmen.

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger eröffnet die zweite Runde zum Austausch über die Anträge.

RM Lukas Lorenz (SPD-Fraktion) schlägt eine kleine Änderung für den Änderungsantrag vor, weil in der Vorlage 3262/2021 bereits eine Prüfung durch die Verwaltung vorgenommen wurde und die Verwaltung darin mitteilt, dass für die Umsetzung ein politischer Beschluss erforderlich ist. Dazu wäre es wünschenswert eine Verbindung mit einem Zeithorizont, beispielhaft zur nächsten Ausschusssitzung, vorzulegen.

Eine weitere grundsätzliche Frage wäre, ob nicht insbesondere die Ausweitung der Toilettenanlagen, ein Thema für Klima, Umwelt und Grün sei, weil dort das Thema durch die Ent- und Versorgung hauptsächlich bearbeitet wird.

RM Teresa De Bellis-Olinger weist darauf hin, dass die Toilettennutzung im Zuständigkeitsbereich des Liegenschaftsamtes angesiedelt ist. Auch weist sie darauf hin, dass Beschlüsse ohne Deckungsvorschlag beanstandet werden; dies solle vermieden werden.

Daraufhin teilt **Monika Möller** (SPD-Fraktion) mit, dem Änderungsantrag zuzustimmen, wenn es möglich sei, das Ergebnis der Prüfung zu nächsten Sitzung vorzulegen.

RM Katja Hoyer (FDP-Fraktion) unterstützt das Anliegen der SPD und schlägt vor, dass in der Formulierung des Änderungsantrages, eine Prüfung bis zu den Haushaltsberatungen aufgenommen wird.

Ausschussvorsitzende RM Teresa Bellis-Olinger schlägt abschließend vor, den Änderungsantrag um einen dritten Spiegelstrich zu ergänzen, der die Bitte an die Verwaltung enthält, die Prüfung zügig und möglichst bis Beginn der Haushaltsberatungen vorzunehmen und stellt den ergänzten Änderungsantrag zur Abstimmung.

I. Abstimmung über den Änderungsantrag

Beschluss:

Wir bitten die Verwaltung zu prüfen und Wege aufzuzeigen, wie die kostenlose Nutzung bestehender öffentlicher Toilettenanlagen in Köln auch für Frauen und Mädchen gewährleistet werden kann (z. B. auch unter Einbezug von Best Practice Beispielen aus anderen Städten und Ländern).

Zudem bitten wir die Verwaltung,

- zu prüfen an welchen Standorten ein erhöhter Bedarf an öffentlichen Toiletten vorhanden ist und sie finanziell zu beziffern (Anschaffung und Unterhaltung).
- alle betroffenen Ämter (insbesondere das Liegenschaftsamt) mit in die Prüfung einzubeziehen.

Ergänzender Beschlusstext:

- die Prüfung zügig und bis zu den Haushaltsberatungen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

II. Eine Abstimmung über den Ursprungsantrag entfällt damit.

2.2 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Istanbulkonvention" AN/0805/2022

RM Derya Karadag (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag. Sie verweist darauf, dass die Bundesrepublik 2017 der Istanbul Konvention beigetreten ist. Es handelt sich um ein Übereinkommen des Europäischen Rates zur Verhütung und Bekämpfung der Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt. Damit wird das Menschenrecht auf gewaltfreies Leben umgesetzt. Der Gewaltbegriff im Rahmen der Istanbul Konvention ist ziemlich weit gefasst und umfasst nicht nur die Gewalt gegen Frauen, sondern die Gewalt gegen alle Menschen, auch gegen Männer und weitere schutzbedürftige Personen, insbesondere auch mehrfach diskriminierte Personen.

Seit der Ratifizierung 2018 ziehen sich leider immer mehr, insbesondere autokratische, Staaten aus diesem Abkommen zurück. Auch die kriegerischen Verbrechen in der Ukraine zeigen leider umso deutlicher, wie wichtig die Umsetzung und der Gewaltschutz in der Öffentlichkeit sind.

Mit dem Antrag möchte das Ratsbündnis eine kommunalverbindliche Gesamtstrategie auf den Weg bringen. Es möchte ein Monitoring der umgesetzten Maßnahmen und auch eine Kommunale Koordinierungsstelle implementieren. Eine solche Stelle ist auch in Artikel 10 der Konvention genannt und wurde bisher in Köln noch nicht imple-

mentiert. Als Millionenstadt sieht das Bündnis die Bewusstseinsbildung als großes Thema dieses Ausschusses an und bittet den Ausschuss daher, dem Antrag zuzustimmen.

Friederike Steinmetz (CDU-Fraktion) betont, dass sich der Gewaltbegriff meistens und oft ausschließlich auf physische Gewalt bezieht. Mit Blick auf Bewusstseinsbildung ist der Hinweis wichtig, dass auch die psychische Gewalt furchtbar ist. Davon betroffene Frauen haben es noch schwerer, sich Gehör zu schaffen, weil die Spuren dieser Form der Gewalt nicht sichtbar sind. Sie bittet um Zustimmung zum Antrag.

Susanne Groß (Volt-Fraktion) erklärt, dass dieser Antrag ein wichtiger und längst nötiger Impuls ist. Das Ratsbündnis macht erneut klar, wie essentiell eine ressortübergreifende kommunale verbindliche Gesamtstrategie im Bereich Gewaltschutz ist. Die Fraktion Volt freut sich sehr über den Antrag und bittet um Zustimmung.

Alexandra Herzog (FDP-Fraktion) teilt mit, dass die FDP-Fraktion den außerordentlich wichtigen Antrag unterstützt und merkt an, dass die Jahreskampagne zur Bewusstseinsbildung nur ein erster Schritt sein kann. Wichtig ist, dass Strukturen geschaffen werden, damit Maßnahmen auch umgesetzt werden können.

Maria Kunz (Stadt AG LST) unterstützt den Antrag ausdrücklich und ergänzt die Begründung mit dem Hinweis, dass es in der vergangenen Woche in Köln zwei Femizide gab. Es sind zwei Frauen umgebracht worden, weil sie Frauen sind und in beiden Fällen sind Partner oder Ex-Partner die Beschuldigten. Im Corona-Jahr 2020 hat die Polizei bundesweit mehr als 150.000 Fälle häuslicher Gewalt registriert. Mehr als 80 Prozent der Opfer häuslicher Gewalt sind Frauen. Gemäß Prof. Dr. Susanne Nothhafft von der Katholischen Stiftungshochschule sind bei häuslicher Gewalt in der Partnerschaft die Phase der Trennung sowie die fünf Jahre danach für Frau und Kinder die gefährlichsten.

Sie bittet darum, dass die Jahreskampagne auch ein Augenmerk darauf richtet, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass bei der Gestaltung des Besuchs- oder Sorge-rechts die Rechte und die Sicherheit der gewaltbetroffenen (Ex-)Partnerin und der Kinder nicht zu gefährden sind und das Prinzip 'Safety first' gelten sollte.

In Bayern wird derzeit ein entsprechendes Projekt pilotiert, das als Vorbild dienen kann: <https://www.bayern.de/haeusliche-gewalt-justiz-foerdert-forschungsprojekt-der-ksh-muenchen-fragebogen-zum-gefaehrdungspotential-von-gewalttaetern-probe-einsatz-im-amtsgerichtsbezirk-muenchen-justizminister-eisenreic/>

Monika Möller (SPD-Fraktion) erklärt, dass die SPD-Fraktion völlig mit dem Antrag einverstanden ist; gern hätte die SPD-Fraktion diesen auch mit den anderen Fraktionen gestellt. Die SPD-Fraktion stimmt dem Antrag zu und gibt zu bedenken, dass die Höhe der hier genannten Mittel (20.000 Euro) zu gering ist.

Ausschussvorsitzenden RM Teresa De Bellis-Olinger versteht den Antrag als An-schub, um Maßnahmen zu erarbeiten und zu koordinieren. Dies mit dem Ziel, dass das Gleichstellungsamt im und mit dem neuen Haushalt eine Stelle einrichten kann.

Bettina Mötting teilt mit, dass hier eine Kombination aus Mitteln, die vom Ausschuss mit dem Antrag zur Verfügung gestellt werden, und aus Eigenmitteln des Gleichstel-lungsamtes vorliegt. Damit könne das Amt für dieses Jahr die Kampagne starten. Er-forderlich sind letztlich Gelder, um eine Stelle für die Koordinierung und für das Moni-toring einzurichten.

Teresa De Bellis-Olinger stellt den Antrag zur Abstimmung.

Auf allen Ebenen besteht auch vier Jahre nach Inkrafttreten erheblicher Koordinierungsbedarf. Der Gleichstellungsausschuss beabsichtigt die Istanbul-Konvention fortlaufend konsequent umzusetzen und bittet die Verwaltung um die Erstellung eines Konzepts zur Durchführung einer Jahreskampagne, um als eine Maßnahme Artikel 13 der Istanbul-Konvention (Bewusstseinsbildung) Rechnung zu tragen. Für anfallende Ausgaben im Rahmen der Kampagne stehen im Haushaltsjahr 2022 Mittel in Höhe von 20.000 € (Teilplan 0111, Sonstige Innere Verwaltung, Teilplanzeile 16) aus dem Posten „Fördergelder Gleichstellung“ bereit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

2.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Endometriose als Krankheit bekannter machen" AN/0819/2022

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger begrüßt Dr. Anna Julia Gläser-Zorn vom Gesundheitsamt.

RM Lukas Lorenz: (SPD-Fraktion) begründet den Antrag:

Endometriose ist viel zu selten Thema in der Gesellschaft und stellt für Frauen ein massives Problem dar, die von der Krankheit betroffen sind und gar nicht wissen, dass es dieses Krankheitsbild gibt und sie darunter leiden. Deswegen hält die SPD-Fraktion eine Aufklärungskampagne für sehr sinnvoll und angebracht.

Dr. Anna Julia Gläser-Zorn (Gesundheitsamt) informiert darüber, dass in gynäkologischen fachärztlichen Kreisen Endometriose eine bekannte und viel diskutierte Erkrankung ist.

Das Deutsche Ärzteblatt hat einen interessanten Artikel in der vergangenen Woche zu Endometriose veröffentlicht, der das gesamte ärztliche Personal in der Bundesrepublik erreicht haben müsste:

<https://www.aerzteblatt.de/archiv/224727/Frueherkennungsprogramm-an-der-Charite-Endometriose-endlich-ernst-nehmen>

Es stellt sich die Frage, an welcher Stelle sich die Kölner Verwaltung dazu engagieren könnte. Eine Einflussnahme auf die gesamte fachärztliche Weiterbildung in der Bundesrepublik ist schwierig. Eine öffentliche Sensibilisierungsveranstaltung für die Kölner Öffentlichkeit bräuchte eine Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel; fachärztliches Personal aus dem Bereich Gynäkologie stünde zur Verfügung.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hat ein Frauengesundheitsportal eingerichtet. Dort sind Informationen zu dem Endometriose veröffentlicht:

<https://www.bzga.de/forschung/fachdatenbanken-marktanalysen/frauengesundheitsportal>

<https://www.frauengesundheitsportal.de/themen/endometriose/>

Zehn Prozent der Frauen im fertilen Alter sind von der Erkrankung betroffen. Bis zu zehn Jahre vergehen bis die Diagnose gestellt ist. Eine Problematik besteht darin, dass das Hauptsymptom, die Dysmenorrhoe, also die Schmerzen bei der Menstruation, bei etwa 95 Prozent aller jungen Frauen auftritt; dadurch ist es sehr unspezifisch.

Die Diagnosestellung im klassischen Bereich wird immer noch als „Goldstandard“ operativ getätigt. Das bedeutet, dass viele Gynäkolog*innen gerade bei jungen Frauen zurückhaltend mit operativen, invasiven Eingriffen sind.

Zu den Inhalten des Antrages äußert sich Dr. Anna Julia Gläser-Zorn dahingehend, dass das Gesundheitsamt die Forderungen der Endometriose-Vereinigung unterstützt.

Eine Einflussnahme auf die Gestaltung von Lehrplänen oder die Verwendung von nationalen Forschungsgeldern ist nicht möglich.

Im Rahmen einer Sensibilisierung der Kölner Bevölkerung könnten wir möglicherweise Einfluss nehmen. Für eine größere Maßnahme bräuchte es eine finanzielle Unterstützung. Vielleicht bietet sich dazu ein gemeinsam mit den in diesem Bereich tätigen Kliniken veranstalteter öffentlicher Fachtag an.

Eine operative Diagnostik und Maßnahme wird im fachärztlichen Sektor viel besser entlohnt als ein ausführliches Beratungsgespräch und eine konservative Therapie. Deswegen scheiterte auch der Vorstoß, Endometriose-Zentren im ambulanten Setting einzusetzen. Auch hier ist eine Einflussnahme der Kölner Verwaltung nicht möglich.

Es gibt nach Kenntnis des Gesundheitsamtes aktuell keine Förderung von Selbsthilfegruppen durch die Verwaltung. Dies wird aber grundsätzlich vom Gesundheitsamt befürwortet.

Der Anspruch, alle Mitarbeitenden der Verwaltung, die mit Menschen zu tun haben, die möglicherweise von Endometriose betroffen sind – also etwa die Hälfte der Mitarbeitenden – zu schulen, sei nur mit einem hohen finanziellen und personellem Aufwand zu erfüllen.

Die Verwaltung bedankt sich für den Vorstoß der SPD-Fraktion und betont, dass das Thema Endometriose viel zu wenig in der Bevölkerung bekannt ist.

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger bedankt sich für die Stellungnahme von Dr. Anna Juli Gläser-Zorn und erteilt Derya Karadag das Wort.

RM Derya Karadag (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich bei der SPD-Fraktion für den gestellten Antrag. Sie verweist auf Frankreich, wo Emmanuel Macron einen nationalen Plan zum Kampf gegen Endometriose vorgestellt hat, und auf Versuche, auch auf bundes- und kommunalpolitischen Ebenen auf das Thema aufmerksam zu machen. Im Bereich Social Media haben sich viele Menschen unter dem Hashtag #endosisters zusammen getan, um sich auszutauschen und um Öffentlichkeit zu generieren.

In Köln gibt es zwei Beratungsstellen, die öffentlich über Endometriose aufklären. Derya Karadag begrüßt den Vorschlag eines Fachgespräches und regt an, den Gesundheitsausschuss und die gesundheitspolitischen Sprecher*innen einzubinden. Ein Fachgespräch ist angemessen, um über den Status quo zu reflektieren und um dem Beratungsbedarf dieses Antrages zu entsprechen; Gendermedizin und Frauengesundheit könnten somit auch aufgegriffen werden.

Teresa De Bellis-Olinger schlägt vor, ein Fachgespräch unter Einbeziehung der gesundheits- und der gleichstellungspolitischen Sprecher*innen, die im Gesundheitsausschuss und im Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern stimmberechtigtes Mitglied sind, stattfinden zu lassen und den Antrag erst nach dem Fachgespräch zu behandeln.

RM Katja Hoyer (FDP-Fraktion) teilt mit, dass die FDP-Fraktion ein Fachgespräch begrüßt.

Es gilt auch, auseinander zu dividieren, was in Köln leistbar und was ein Thema auf anderen Ebenen ist. Deswegen regt sie an, dass alle Politiker*innen das Thema in ihren jeweiligen Landes- und Bundesstrukturen platzieren.

Bettina Mötting ergänzt, dass sie das Thema aufgrund des SPD-Antrages auch im Städtetag NRW und im Deutschen Städtetag eingebracht hat und es auch dort aufgegriffen wird.

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger stellt zur Abstimmung, dass die Verwaltung mit der Vorbereitung eines Fachgespräches beauftragt und der Antrag zunächst zurückgestellt wird.

Die Stadt Köln unterstützt die Forderungen der Endometriose-Vereinigung nach verstärkter Erforschung und einen bundesweiten Aktionsplan.

- Die Stadt schreibt dazu die zuständigen Landes- und Bundesministerien an und fordert diese konkret dazu auf:
 - Die Lehrpläne an den Schulen anzupassen, sodass Menstruation kein Tabuthema bleibt und Endometriose schon bei Schüler*innen bekannt wird.
 - Mehr Geld in die Erforschung der Erkrankung zu investieren.
1. Die Stadt Köln klärt über die Krankheit öffentlich auf/sensibilisiert und regt Fortbildungen von Ärzten an, damit die Krankheit frühzeitiger erkannt wird.
 2. Die Stadt Köln unterstützt Selbsthilfegruppen in geeigneter Form.
 3. Die Stadt Köln schult die Verwaltung, insbesondere die Mitarbeitenden der Schwerbehindertenstelle, Rettungsdienste, Gesundheitsämter usw., damit Betroffene nicht erst erklären müssen, an welcher Krankheit sie leiden und wie sie sich auswirkt (Sterilität, chronische Schmerzen usw.)

Der Antrag wird zurückgestellt. Der Ausschuss beschließt die Durchführung eines Fachgesprächs mit den gleichstellungs- und den gesundheitspolitischen Sprecher*innen. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung um Vorbereitung und Planung eines Fachgespräches und den Termin mit den jeweiligen Ausschussvorsitzenden abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

3 Allgemeine Vorlagen

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in städtischen Gebäuden 3520/2021

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger begrüßt zu den zusammengefassten TO-Punkten: 4.1 und 6.1.1 Anke Bosbach-Pfuhl von den Zentralen Dienste, und Johannes Trimborn, vom Amt für Schulentwicklung.

Johannes Trimborn (Amt für Schulverwaltung) verweist auf die von der Verwaltung umfassende Beantwortung der Fragen.

An das Amt für Schulverwaltung ist der Antrag herangetragen worden, zu prüfen, in welcher Weise in Schulen und anderen städtischen Gebäuden kostenlose Menstruationsartikel für alle Schüler*innen bzw. Besucher*innen zur Verfügung gestellt werden können. Bei der Beantwortung haben hat das Amt für Schulentwicklung zwischen Schulen und anderen städtischen Gebäuden unterschieden. Bezüglich der Schulen ist das Amt zu dem Schluss gekommen, dass es eine funktionierende Praxis für betroffene Schüler*innen gibt, Menstruationsartikel zu bekommen. Für die anderen städtischen Dienststellen haben die „Zentralen Dienste“ umfassend – auch zu den Kosten für Beschaffung, weitere Unterhaltung, Ersatzbeschaffung und Reparatur – geantwortet.

Teresa De Bellis-Olinger bestätigt, dass die Beantwortung ausführlich ist. Allerdings sind die Antworten für die Mitglieder des Ausschusses nicht befriedigend. Deswegen wurden beide Dienststellen zur heutigen Sitzung eingeladen und es stellt sich die Frage, wie mit dem gemeinsamen Antrag umgegangen wird.

RM Lukas Lorenz (SPD-Fraktion) rekapituliert den Vorgang und teilt mit, dass er die Beantwortung verstörend findet. Er schildert, dass er es irritierend findet, wenn die Antwort vorsieht, dass alle Leute, die menstruieren, in der Pause ins Schulsekretariat gehen und dort öffentlich nach Tampons, Hygiene- oder Menstruationsartikel fragen sollen. Es sei seltsam, in diesem Fall von „opportun“ zu sprechen. Es sei nicht im Geringsten so, dass das in irgendeiner Weise den Bedürfnissen von Frauen entspricht, wo doch das Thema relativ häufig tabuisiert wird. Den Leuten wird zugemutet, dass, wer sich nicht zu fragen traut, nach Hause gehen soll. Ob dies „opportun“ ist, sei sehr stark zu bezweifeln.

Auch die Frage, dass das Auslegen nicht reicht, sei seltsam. Die Schulen antworten natürlich darauf, dass sie es so machen. Wenn ihnen die Möglichkeit angeboten wird, darauf anders einzugehen werden viele Schulen auch anders damit umgehen. Dies sei aber politisch zu veranlassen.

Abschließend weist Lukas Lorenz darauf hin, dass die damalige Antwort der Schulverwaltung auf den Antrag den Begriff „Anfrage“ verwendet hat. Darüber habe er sich sehr echauffiert, weil es sich um einen gemeinsamen Prüfantrag der Fraktionen handelt und nicht um eine Anfrage. Und in dieser sensiblen Frage habe die Verwaltung – so Lukas Lorenz – sehr ungünstig geantwortet.

Susanne Groß (Volt-Fraktion) bedankt sich, dass Johannes Trimborn und Anke Bosbach-Pfuhl der Einladung des Ausschusses gefolgt sind. Sie fragt, ob die Schulverwaltung auch auf die Schüler*innenselbstverwaltung (SSV) zugegangen ist und wie beim Schulverwaltungsamt der Austausch mit Schüler*innen-Vertretungen war. Was ist deren Meinung? Auf NRW-Ebenen weiß ihre Fraktion, dass sich Schüler*innen über eine Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsartikel freuen würden.

Mario Michalak (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bedauert, dass der Sinn, Zweck und Geist des Prüfauftrages missverstanden wurde. Der Ausschuss möchte, dass Schüler*innen ohne Probleme, ohne Schamgefühl, ohne stigmatisiert zu werden, ihre Probleme lösen können. Die Beantwortung entspricht nicht dem, was die antragstellenden Fraktionen haben wollen und beschlossen haben. Deswegen bittet der Ausschuss darum, da noch mal draufzuschauen und das entsprechend zu beantworten und den Geist in der Beantwortung zum Ausdruck kommen zu lassen.

Johannes Trimborn ist wiederholt irritiert und kann die Kritik nicht teilen. Die Schulverwaltung hat den Prüfauftrag sehr ernst genommen und sich vorgestellt, wie sich die Situation an den Schulen darstellt. Dabei stellte sich die Frage, wenn im Biologie-Unterricht mit allen Schülern dieses Thema besprochen wird und die Biologie-Lehrer auf die Schüler zugehen und anbieten, dass bei ihnen, ihren Kolleginnen und Kollegen und im Sekretariat Menstruationsartikel abgeholt werden können.

In der möglicherweise laienhaften Einstellung hat sich der Schluss ergeben, dass dieses wahrscheinlich für die Schüler eine vertrauensvollere Umgebung ist, als im Beisein anderer Schüler auf den Toiletten an den Spendern diese Artikel ziehen. Wenn dies in der Beantwortung so missverständlich oder so unangenehm rüber gekommen ist, war das nicht die Absicht der Verwaltung. Man habe sich dazu sehr wohl Gedanken gemacht.

Zu dem Austausch mit den Schülern bzw. zu der Frage, mit wem sich das Amt ausgetauscht hat, teilt er mit, dass das Amt im Austausch mit den Bürgerämtern, die einen unmittelbaren Kontakt zu den Schulen und zu den Sekretariaten haben, und mit Kolleg*innen in der Schulverwaltung, die früher als Sekretärinnen tätig waren und mit allen Schulen gut vernetzt sind ist. Dadurch hat das Amt ein umfassendes Bild erhalten, nachdem das Ganze über die Sekretariate und über die Biologie-Lehrer läuft und ein eingespieltes System ist.

Die Verwaltung bietet in der Beantwortung an, dass für eine tiefergehende Erforschung über alle Schulen eine Anfrage gestellt werden könnte. Dann müssten 300 Rückmeldungen ausgewertet werden, und der Aufwand wäre ein wesentlich höherer gewesen.

Susanne Groß (Volt-Fraktion) merkt an, dass es wünschenswert ist, zu wissen, was die Schüler*innen wollen. Es wäre gut, wenn die Verwaltung die Meinungen und Sichtweisen dieser Stakeholder erfragt und dem Ausschuss mitgeteilt hätte.

RM Lukas Lorenz empfiehlt abschließend der Verwaltung eine Kontaktaufnahme mit dem von der Stadt selbstständig eingerichteten Kooperativen Kinder- und Jugendbüro, um nicht nur Sekretär*innen und Biologie-Unterrichtende zu befragen. Er freut sich darauf, wie weiter mit dem Thema umgegangen wird.

Dr. Marita Alami (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erinnert an das Thema Gender Mainstreaming: Wäre in den zuständigen Dienststellen eine entsprechende Sensibilität vorhanden, würden solche Dinge gar nicht mehr hier so geäußert werden müssen, so ihre Anmerkung.

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger bedankt sich für das Kommen von Johannes Trimborn und Anja Bosbach-Pfuhl und schlägt vor, sich auch innerhalb der Verwaltung nochmal auszutauschen, da sicher das Amt für Gleichstellung eine andere Sichtweise zu dem Thema hat.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung 4.1 und die Beantwortung von 6.1.1 zur Kenntnis.

4.2 Anfrage an die Verwaltung zu Straßenbenennungen 0064/2022

Monika Möller (SPD-Fraktion) weist auf den Kölner Frauengeschichtsverein hin, der alle wichtigen Frauenpersönlichkeiten in Köln recherchiert hat und bestens Auskunft geben kann, wenn eine Bezirksvertretung nicht weiß, wie sie an einen Frauennamen für die Benennung von Straßen oder Plätzen kommen kann.

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger regt an, dass Verfahren zu Benennung von Straßen und Plätzen dahingehend zu ändern, dass das Wissen des Frauengeschichtsverein genutzt wird.

Werner Marx (CDU-Fraktion) schlägt vor, dass alle Bezirksvertretungen mit einer Mitteilung über den Frauengeschichtsverein informiert werden. **Bettina Mötting** sichert dies zu.

Katja Hoyer (FDP-Fraktion) lobt Bettina Mötting, dass sie in einem WDR- mit Irene Franken vom Frauengeschichtsverein auf das Thema aufmerksam und eine tolle Öffentlichkeitsarbeit gemacht hat.

5 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

6 Mündliche Anfragen

6.1 Beantwortungen zu mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1.1 Beantwortung der mündlichen Anfragen von Lukas Lorenz in der Sitzung am 8.11.2021 zu Vorl.-Nr. 3520/2021 0275/2022

siehe unter TOP 4.1

6.1.2 Beantwortung mündlicher Fragen zu "Platzmangel Frauenhäuser in Köln" von Christina Dumstorff am 31.01.2022 1215/2022

Katja Hoyer (FDP-Fraktion) bedankt sich für die Antwort, ist aber auch irritiert, weil eine FDP-Landtagsabgeordnete vom Ministerium eine andere Auskunft erhalten hat.

Bettina Mötting verweist auf die Zuständigkeit des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren und bestätigt aus eigener Kenntnis den Inhalt der Beantwortung der Verwaltung. Sie schlägt einen Austausch über die verschiedenen Aussagen vor.

Bettina Mötting tritt in Austausch mit der Landesregierung und informiert bei Bedarf über neue Erkenntnisse den Ausschuss.

Der Ausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**6.1.3 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Susanne Groß (Volt) GFM
am 14. März 2022 zu 0211/2022 (Gender-Mainstreaming-Pilot)
1236/2022**

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**6.1.4 Mündliche Anfrage von Susanne Groß betreffend "Bewegungsstation
Trude-Herr-Park"
1108/2022**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

6.2 Neue mündliche Anfragen

Es liegen keine neuen mündlichen Anfragen vor.

Ausschussvorsitzende RM Teresa De Bellis-Olinger beendet um 18.40 Uhr die Sitzung.

Teresa De Bellis-Olinger
Ausschussvorsitzende

Frank Neweling
Schriftführer